

L-1 Solidarität leben – Antrag zur Unterstützung der Ukraine

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 20.06.2022
Tagesordnungspunkt: L aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND ist ein internationalistischer Verband. Als solcher mischen wir
2 uns in Debatten der europäischen und globalen Politik ein und setzen uns für
3 internationalen Frieden ein. Nach dem Zerfall der Sowjetunion bekam die Ukraine
4 in den 1990er-Jahren in der europäischen Sicherheitsarchitektur einen Platz
5 zwischen den Fronten aus NATO und Russland zugewiesen. Schritte der Ukraine,
6 sich dem Westen anzunähern, wurden von Russland früh als Bedrohung der eigenen
7 Machtposition wahrgenommen und mündeten 2014 in die völkerrechtswidrige Annexion
8 der Krim. Der seitdem schwelende Konflikt wurde am 24. Februar 2022 durch den
9 russischen Angriff auf die Ukraine eskaliert. Seitdem herrscht in der Ukraine
10 ein schrecklicher Krieg, der für die Menschen in der Ukraine unvorstellbares
11 Leid bedeutet. Dieser Krieg muss so schnell wie möglich beendet werden. Dies
12 kann jedoch nicht durch einen Diktatfrieden geschehen, sondern nur auf eine Art
13 und Weise, die es allen Ukrainer*innen ermöglicht, frei und demokratisch
14 zusammenleben zu können.

15 Auf dem Weg dahin muss bei jeder Form politischen Handelns der Schutz von
16 Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden. Besonders als Teil der politischen
17 Linken ist für uns als GRÜNE JUGEND die Frage, wie dieses politische Handeln
18 aussehen kann, eine komplexe, teils mit unseren pazifistischen Grundwerten im
19 Widerspruch stehende. Klar ist jedoch: Die Diskussion um eine Wiedereinführung
20 der Wehrpflicht und das Einsetzen des Sondervermögens für die Bundeswehr sind
21 konservative Scheinlösungen unter dem Deckmantel der Solidarität. Es sind teure
22 Symbole, die keinen aktiven Beitrag zum Ende dieses Krieges setzen und den
23 Menschen in der Ukraine nicht helfen. Sie senden als potentielle Auslöser einer
24 Aufrüstungsspirale ein falsches Signal an die internationale Gemeinschaft und
25 müssen deshalb als politischer Irrweg abgelehnt werden.

26 Schon jetzt bewerten Friedensforscher*innen die Gefahr einer atomaren
27 Auseinandersetzung als so groß wie seit Ende des Kalten Kriegs nicht mehr. Die
28 Antworten darauf müssen Diplomatie und Deeskalation, nicht Aufrüstung und
29 Eskalation sein. Es gilt jetzt linke Antworten auf komplexe Fragen der Außen-
30 und Sicherheitspolitik zu finden und so den Menschen in der Ukraine wirklich zu
31 helfen. Diese brauchen nicht nur unsere Solidarität, sondern echte Unterstützung

32 – jetzt, aber auch wenn der Krieg vorbei sein wird. Unterstützung umfasst dabei
33 viele verschiedene Bereiche und Formen.

34 **Humanitäre Hilfe**

35 Wir sehen, dass aktuell eintritt, was schon Ende Februar befürchtet wurde: Die
36 anfänglich große Solidarität ebbt nach und nach ab, Spenden werden geringer und
37 Hilfsprogramme werden eingestellt. Dabei wird die humanitäre Krise nur größer,
38 je länger der Krieg dauert. Deshalb setzen wir uns für umfangreiche humanitäre
39 Hilfen jetzt und in Zukunft ein. Diese dürfen erst eingestellt werden, wenn das
40 Leid der Menschen in der Ukraine beendet wurde. Auch beim gesellschaftlichen und
41 infrastrukturellen Wiederaufbau muss Hilfe geleistet werden. Dafür ist eine
42 Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit nötig.

43 **Allen Menschen die Flucht und ein sicheres Unterkommen** 44 **ermöglichen**

45 Mehr als 13,5 Millionen Ukrainer*innen sind derzeit auf der Flucht, und es
46 werden jeden Tag mehr. Schon in den ersten Tagen nach dem russischen Überfall
47 breitete sich durch ganz Deutschland und Europa eine große Welle an Solidarität
48 für die Menschen aus der Ukraine aus. Notunterkünfte und unbürokratische
49 Soforthilfen wurden vielerorts gewährt. Zugleich zeigt sich, dass staatliche
50 Strukturen nach 2015 nicht hinreichend reformiert wurden, und die größte Last
51 weiterhin auf dem Engagement und Einsatz von Ehrenamtlichen liegt. Dies ist
52 fahrlässig und nicht zu verantworten. Stattdessen braucht es endlich
53 zuverlässige Aufnahmestrukturen, die Menschen wie Menschen behandeln und echte
54 Perspektiven schaffen. Dabei muss den Ansätzen einer Klassifizierung von
55 Geflüchteten anhand von Kriterien wie Herkunftsland oder Religion entschieden
56 entgegengetreten werden. Asyl ist ein universelles Menschenrecht, und muss
57 endlich als solches anerkannt und durchgesetzt werden. Das heißt, dass
58 insbesondere auch Menschen, die sich als Drittstaatler*innen in der Ukraine
59 aufgehalten haben und Männer, die vor der zwangsweisen Teilnahme an den Kämpfen
60 geflohen sind, aufgenommen werden müssen. Aber auch Menschen, die als
61 Dissidenten und Kriegsgegner*innen aus Russland fliehen, müssen bei uns Schutz
62 finden können.

63 **Sanktionen als Mittel, um Verhandlungsdruck zu erhöhen**

64 Wir müssen der russischen Politik entschieden entgegengetreten.
65 Wirtschaftssanktionen treffen dabei oft die am meisten, die am wenigsten haben.
66 Trotzdem sind sie als Mittel der Auseinandersetzung derzeit unumgänglich. Sie
67 müssen deshalb so zugeschnitten werden, dass sie so gut wie möglich auf die
68 Menschen begrenzt werden, die in Wirtschaft und Politik an den Hebeln der Macht
69 sitzen und nicht die treffen, die ohnehin schon unter den Auswirkungen des

70 Kriegen und der russischen Politik leiden. Insbesondere Sanktionen gegen
71 Oligarchen als wichtige Stützen des Regimes müssen dabei konsequent durchgesetzt
72 werden und dürfen nicht bei der formalen Androhung stehenbleiben. Eine
73 authentische Politik der Solidarität mit der Ukraine bedeutet auch ein Ende der
74 Finanzierung der russischen Kriegsführung durch die Hintertür. Deutschland ist
75 derzeit der größte Abnehmer von russischem Gas, bei den Importen von Öl der
76 zweitgrößte. Energiegeschäfte machten etwa ein Drittel des russischen
77 Staatshaushalts aus. Damit beteiligt sich Deutschland aktuell indirekt an der
78 Finanzierung des russischen Angriffskriegs. Wir fordern daher: keine weiteren
79 Geschäfte mit Putin! Es braucht ein schnelles, konsequentes und dauerhaftes
80 Embargo gegen Energieimporte aus Russland.

81 Dabei wird uns ein Rückfall auf fossile Energien anderer Art nicht retten. Eine
82 verlängerte Nutzung von Kohleenergie, Atomkraft oder ein langfristiger Ausbau
83 von LNG-Terminals sind Scheinlösungen, die wir nicht zulassen dürfen. Vielmehr
84 müssen die Bewältigung von Krieg und Klimakrise zusammengedacht werden. Wir
85 brauchen eine größere Energieeffizienz, umfassende Energieeinsparungen in allen
86 Sektoren, Turbo bei den Erneuerbaren, eine konsequente Wärmewende und eine
87 Strategie für einen Gasausstieg bis 2035. Dies alles darf dabei nicht auf dem
88 Rücken derjenigen finanziert werden, die schon jetzt unter steigenden Preisen
89 leiden, sondern durch eine Abkehr von der Schuldenbremse, der Abschöpfung von
90 Übergewinnen und der Besteuerung großer Vermögen. Nur darin liegt eine
91 nachhaltige Lösung, die uns vor künftigen Kriegen bewahren kann.

92 **Keine Gewinne mit dem Krieg**

93 Wir erkennen an, dass Waffenlieferungen an die Ukraine zum Schutz der
94 ukrainischen Bevölkerung notwendig waren. Gleichzeitig kritisieren wir, dass die
95 militärische Unterstützung in der Rüstungsindustrie für Milliardengewinne sorgt.
96 Wir setzen uns für eine Vergesellschaftung von Rüstungsunternehmen ein, um einen
97 Profit Weniger am Leid Vieler zu verhindern und einer Aufrüstungsspirale
98 entgegenzutreten.

99 **Russische Oppositionelle unterstützen statt isolieren**

100 Der russische Angriffskrieg beweist erneut, dass vor allem die einfachen
101 Menschen diejenigen sind, die unter den Folgen eines Krieges leiden. Dies gilt
102 auch für die russische Zivilbevölkerung, die seit Jahren unter Putins Regime
103 leidet und deren Proteste immer wieder gewaltsam niedergeschlagen werden, im
104 Versuch, jeglichen Widerspruch im Keim zu ersticken. Unsere Solidarität gilt all
105 jenen, die sich trotz aller Repressionen auf russischer Seite gegen den Krieg
106 stellen und versuchen, den Widerstand zu organisieren und auf die Straße zu
107 bringen. Sie gilt es konsequent zu unterstützen, statt beispielsweise durch
108 Sanktionen im kulturellen Bereich weiter zu schwächen.

109 Verantwortlich für den Krieg ist die russische Regierung, nicht die Menschen,
110 die selbst unter dem Regime leiden. Wir stellen uns solidarisch an die Seite
111 jener, die aufgrund ihrer russischen Herkunft Ausgrenzung und Rassismus erfahren
112 und für den Krieg verantwortlich gemacht werden.

113 **Globale Auswirkungen in den Blick nehmen**

114 Der Krieg in der Ukraine hat Folgen für die ganze Welt. Die Ukraine und Russland
115 ernten zusammen mehr als ein Viertel des Weizens und 15 Prozent des Mais
116 weltweit. Russland hat einen Exportstopp auf Getreide verhängt und die Bestände
117 der Ukraine können infolge des Kriegs in weiten Teilen nicht geerntet und
118 transportiert werden. Dies stellt eine enorme Gefahr für die globale
119 Ernährungssouveränität dar. Es besteht ein Risiko für weltweite Krisen und die
120 Destabilisierung ganzer Weltregionen, wie sie mit den sich verschärfenden
121 Hungerrevolten im Iran schon jetzt zu beobachten sind. Dem muss durch eine
122 Förderung der Entwicklungszusammenarbeit mit besonders stark von Hunger
123 betroffenen Regionen dringend entgegengewirkt werden. Gleichzeitig sehen wir: Es
124 sind mehr als genug Nahrungsmittel für alle da. Es fehlt nicht an der Menge,
125 sondern es hängt an der Frage, wie das Produzierte verteilt und verwendet wird.

126 **Außenpolitik solidarisch denken**

127 Außenpolitik wird viel zu oft in wirtschaftlichen Interessen gedacht und viel zu
128 selten an den Bedürfnissen von Menschen ausgerichtet. Wir als GRÜNE JUGEND
129 stehen ein für eine Politik für Menschen statt für Profite.

130 Internationale Solidarität darf nicht nur ein Ruf auf Demonstrationen und
131 Kundgebungen sein, sondern muss endlich international gelebt werden! Dafür
132 setzen wir uns als GRÜNE JUGEND jetzt und in Zukunft weiter ein.